

5
79

Union in Deutschland

Bonn, den 1. Februar 1979

**Politik für die Freiheit —
Glück für die Menschen**

Deutsche wählt das freie und soziale Europa — gegen ein sozialistisches Europa

Mit diesem Slogan wird die CDU den Europa-Wahlkampf bestreiten. Das ist der einstimmige Beschluß des Bundesvorstandes vom 29. Januar 1979 in Bonn. Der Einstimmungsslogan „Politik für die Freiheit — Glück für die Menschen“ soll ebenfalls weitergeführt werden, da er bei der Bevölkerung eine außerordentlich starke Zustimmung gefunden hat.

Die Europawahl entscheidet über den künftigen Kurs Europas — eine freiheitlich, pluralistische, soziale Gesellschaftsordnung oder eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Damit ist nach Auffassung der CDU auch die Grundfrage nach der außenpolitischen Rolle Europas verbunden — verankert im westlichen

Weiter auf Seite 2

■ BUNDESPARTEI

Wortlaut der Erklärung der CDU-
Ministerpräsidenten Seite 3

■ BUNDES- HAUSHALT 1979

Gute Gründe gegen schlechte
Politik / Warum die CDU/CSU
den Bundeshaushalt abgelehnt
hat Seiten 5—12

■ HOLOCAUST

Heiner Geißler: Lehren aus der
Unfreiheit ziehen Seite 13 u. 16

■ KOALITION

Schleswig-Holsteins SPD-Chef
will die Atomkraftwerke stoppen
Seite 14

■ ÖFFENTLICH- KEITSARBEIT

Neu im Angebot: Der Auftrag
der Gewerkschaften in der
Demokratie Seite 15

■ DOKUMENTATION

Die CDU handelt — Zukunfts-
chancen der Jugend
grüner Teil

■ EUROPA

Argumente für eine freiheitliche
Europapolitik blauer Teil

Bündnis oder als ein neutralisiertes Land mit Annäherungstendenzen an die osteuropäischen Staaten.

Schwerpunkt des 27. Bundesparteitages vom 25. bis 27. März 1979 in Kiel wird das Thema Europa sein (vergleiche UiD 3/79). Der Bundesvorstand hat beschlossen, auf dem Parteitag vornehmlich folgende drei Themen zu diskutieren und darüber Beschluß zu fassen:

- Das Thema Partnerschaft, zu der wir ja sagen, verbunden mit dem Thema Klassenkampf, zu dem wir nein sagen.
- Das außenpolitische Thema — ein Ja zur Sicherheit und Freiheit in Europa und ein Nein zur Neutralisierung Europas.
- Das Thema der Bürgerfreiheit, die wir sichern wollen oder ein bürokratisiertes, verplantes Europa, das wir ablehnen.

Vier Anträge auf dem Bundesparteitag

Der Bundesvorstand wird am 12. Februar 1979 wieder in Bonn zusammen treten und zu diesen drei Themenbereichen Anträge beschließen. Auf dem Bundesparteitag soll ferner ein Wahlkampfaufwurf erarbeitet und verabschiedet werden, in dem noch einmal die grundsätzliche Position der CDU zum Ausdruck kommt. Auch hierzu wird der Bundesvorstand am 12. Februar einen Entwurf verabschieden.

Die vier Anträge des Bundesvorstandes werden dann sofort den Landes- und Kreisverbänden sowie den Bundesvereinigungen zugeleitet und im UiD 7/79 (15. 2.) veröffentlicht, damit diese Vorlagen diskutiert und dazu Anträge zum bzw. auf dem Bundesparteitag gestellt werden können. Auf dem Parteitag selbst können Initiativanträge gestellt werden, die von 30 Delegierten unterschrieben sein müssen, soweit nicht bereits bis zur allgemeinen Antragsfrist für den Parteitag (25. 2. 1979) diese Anträge eingereicht worden sind.

Der Bundesvorstand hat außerdem eine Wahlkampf-Kommission unter Leitung des Generalsekretärs eingesetzt. Diese Kommission wird aus den Spitzenkandidaten der jeweiligen Landeslisten bestehen:

Die Mitglieder der Wahlkampfkommission sind Siegbert Alber, Erik Blumenfeld, Kai-Uwe von Hassel, Karl-Heinz Hoffmann, Dr. Hans-Edgar Jahn, Hans Katzer, Dr. Ernst Alfred Klepsch, Dr. Ernst Müller-Hermann, Dr. Hans-Gert Pöttering (als Vertreter der Jungen Union), Paul Schnitker, Prof. Dr. Konrad Schön, Frau Hanna Walz, der Spitzenkandidat Berlins, der noch benannt wird.

Auf die Frage, ob die CSU zur Europawahl eine eigene Bundesliste aufstellen werde, erklärte Heiner Geißler vor der Presse:

1. Ich habe aus meinen Gesprächen mit der CSU solches nicht entnehmen können und 2. gehen wir gemeinsam davon aus, daß das gilt, was die Strategiekommission im Sommer des vergangenen Jahres vereinbart hat, d. h. alles, was mit strategischen Überlegungen dieser oder ähnlicher Art zu tun hat, wird nach Beendigung der Wahlperiode dieses ersten halben Jahres einschließlich der Europawahlen diskutiert und alles, was getan

Wortlaut der Erklärung der CDU-Ministerpräsidenten

Nach dem Gespräch der CDU-Ministerpräsidenten am 28. Januar 1979 in Mainz gab der Sprecher der rheinland-pfälzischen CDU folgende Erklärung ab:

„Auf Einladung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel trafen sich in Mainz die Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, Franz Josef Röder, Lothar Späth, Gerhard Stoltenberg und Bernhard Vogel zu einem Mittagessen.

Dabei wurde die wechselseitige Unterstützung bei den bevorstehenden Landtagswahlen abgesprochen.

Die Ministerpräsidenten werden in den Gremien der Partei dahin wirken, noch mehr als bisher die sachpolitischen Ziele der CDU deutlich zu machen und einmütig zu vertreten. Sie werden gemeinsam für die Wiederwahl von Helmut Kohl als Bundesvorsitzender der CDU auf dem bevorstehenden Bundesparteitag der Union in Kiel eintreten.“

Zu der Erklärung der Ministerpräsidenten stellte Heiner Geißler fest: „Die fünf Ministerpräsidenten wollten deutlich machen, daß sie selber eine positive Entscheidung für den Führungsanspruch von Helmut Kohl getroffen haben, und daß sie bereit sind, dies auf dem Bundesparteitag auch zu vertreten; d. h. sie haben nicht an andere appelliert, solidarisch zu sein, sondern sie haben sich selber solidarisch gezeigt.“

wird, erfolgt im Einvernehmen. Ich gehe davon aus, daß sich die CSU genauso wie die CDU an diese Vereinbarung hält.

Zur möglichen Kandidatur von Otto von Habsburg sagte Heiner Geißler auf eine entsprechende Frage:

Dies ist in der Verantwortung der CSU und deswegen kann ich über diese Kandidatur, die ja — soweit mein Kenntnisstand reicht — bis heute noch nicht endgültig entschieden und abgeschlossen ist, auch kein Urteil abgeben. Auf eine Frage, ob eine Kandidatur Otto von Habsburgs auf einer Liste der CDU denkbar sei, antwortete Heiner Geißler: Wir würden ihm auf einer CDU-Liste sicher keine Chance geben und zwar deswegen, weil — ich übernehme hier das Wort meines Kollegen Stoiber von der CSU — Herr von Habsburg vor allem hinsichtlich seiner Beurteilung der verfassungsrechtlichen Situation und auch der möglichen verfassungspolitischen Entwicklungen eine Auffassung vertritt, die nicht die Auffassung der Christlich-Demokratischen Union sein kann. Und Herr Stoiber hat erklärt, Herr von Habsburg sei der Repräsentant einer restaurativen politischen Gesinnung.

Bundeshaushalt 1979

Einzelplanübersicht mit Steigerungsraten gegenüber Vorjahr

— Ausgaben in Mio. DM —

Einzelplan	Vorl. Ist 1978	Soll 1979	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			in Mio. DM	in v. H.
01 — Bundespräsidialamt	13,2	14,3	+ 1,1	+ 8,3
02 — Bundestag	280,8	310,1	+ 29,3	+ 10,4
03 — Bundesrat	8,2	8,9	+ 0,7	+ 8,5
04 — Bundeskanzleramt	351,0	383,4	+ 32,4	+ 9,2
05 — Auswärtiges Amt	1 573,4	1 643,0	+ 69,6	+ 4,4
06 — Inneres	2 929,4	3 407,4	+ 478,0	+ 16,3
07 — Justiz	306,0	324,5	+ 18,5	+ 6,0
08 — Finanzen	2 972,0	3 119,6	+ 147,6	+ 5,0
09 — Wirtschaft	3 995,5	5 112,6	+ 1 117,1	+ 28,0
10 — Ernährung	6 088,0	6 323,2	+ 235,2	+ 3,9
11 — Arbeit, Soziales	42 966,6	46 487,0	+ 3 520,4	+ 8,2
12 — Verkehr	24 529,8	26 347,6	+ 1 817,8	+ 7,4
13 — Post	12,9	5,0	— 7,9	— 61,2
14 — Verteidigung	35 398,6	36 663,6	+ 1 265,0	+ 3,6
15 — Jugend, Familie	15 875,3	18 208,6	+ 2 333,3	+ 14,7
19 — Bundesverfassungsgericht	10,3	10,8	+ 0,5	+ 4,9
20 — Bundesrechnungshof	32,2	33,2	+ 1,0	+ 3,1
23 — Wirtschaftl. Zusammenarbeit	3 492,3	4 557,9	+ 1 065,6	+ 30,5*)
25 — Raumordnung	3 639,8	4 280,6	+ 640,8	+ 17,6
27 — Innerdeutsche Beziehungen	446,3	467,5	+ 21,2	+ 4,8
30 — Forschung	4 704,3	5 554,2	+ 849,9	+ 18,1
31 — Bildung	3 973,3	4 151,3	+ 178,0	+ 4,5
32 — Bundesschuld	11 418,9	13 387,9	+ 1 969,0	+ 17,2
33 — Versorgung	8 614,1	8 719,4	+ 105,3	+ 1,2
35 — Verteidigungslasten	1 107,5	1 131,7	+ 24,2	+ 2,2
36 — Zivile Verteidigung	619,1	730,7	+ 111,6	+ 18,0
60 — Allgemeine Finanzverwaltung	13 754,4	12 476,9	— 1 277,5	— 9,3
Gesamtsumme	189 113,1	203 860,6	+ 14 747,5	+ 7,8

*) ohne Einbeziehung Tilgungsverrechnungskonto = 21,6 v. H.

■ BUNDESHAUSHALT 1979

Gute Gründe gegen schlechte Politik

Der Bundeshaushalt 1979 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 203,8 Milliarden Mark. Die Netto-Neuverschuldung erreicht mit 31,2 Milliarden Mark abermals einen neuen Nachkriegsrekord. Von jedem Hundertmarkschein, den der Bund ausgibt, sind 15 Mark gepumpt. Zum erstenmal seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland übersteigt die Gesamtverschuldung des Bundes seine jährlichen Ausgaben. Insgesamt 158,2 Milliarden Mark benötigten SPD/FDP-Regierungen seit 1970 um ihre Haushalte zu finanzieren, verglichen mit 14,3 Milliarden Mark in den Jahren von 1950 bis 1969.

Diese Regierung ist einst angetreten, mit dem Anspruch, alles besser zu machen, erklärte nach 42stündiger Debatte im Bundestag der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, MdB Heinrich Windelen. Sie muß nun immer höhere Reparaturkosten für ihre verfehlte Politik aufwenden und dafür immer höhere Schulden aufnehmen. Sie muß immer höhere Haushaltsmittel aufwenden, um zu reparieren, zu sanieren und um den Zusammenbruch ganzer Branchen und Regionen zu verhindern. Damit bleibt immer weniger für die Modernisierung, Erneuerung und Zukunftssicherung übrig.

Die Regierung fährt fort, die drängenden Fragen auszuklammern und die gebotene Sanierung der Finanzen des Staates und der Träger unserer sozialen Sicherung auf die Zukunft abzuschieben. Sie verzehrt das Saatgut für künftige Ernten. Sie täuscht die Bürger über die wirkliche Lage, um nur über den Tellerrand der nächsten Wahlen hinwegzukommen.

Eine solche Politik ist unverantwortlich, ist gefährlich, ist der Versuch der Ausbeutung unserer Kinder und Enkel. Deswegen lehnen wir diesen Haushalt ab.

Und hier die Gründe im einzelnen:

05 — Auswärtiges Amt

Nach links gerutscht

Die politische Situation des geteilten Deutschland — an der Nahtstelle von Ost und West gelegen, als Mitglied des nordatlantischen Bündnisses und der europäischen Gemeinschaft — erfordert von der deutschen Außenpolitik eigenes Handeln zur Wahrung der nationalen Interessen. Dieser Forderung wird die Politik der Bundesregierung nicht gerecht. Trotz zahlreicher Aktionen hat sie zu den wesentlichen Entwicklungen und Vorgängen in der Welt mehr geschwiegen als gehandelt.

Zu den Erschütterungen in Afrika, im Iran oder Kambodscha fehlt eine klare Meinung und Haltung. Wichtig wäre hier die Einsicht, daß heute in fernen strategischen Zonen durch die in der Zeit der sogenannten Entspannung gewaltig gewachsenen sowjetischen Militärmacht unsere Versorgungsadern abgeschnitten werden können.

Die Bundesregierung hat sich auch gescheut — offenbar aus allzu großer Rücksichtnahme auf sowjetischen Unwillen — den Friedensschluß und Freundschaftsvertrag zwischen China und Japan zu würdigen. Die Vorstellungen im Regierungslager über Aufgaben und Ziele der auswärtigen Beziehungen streben immer weiter auseinander.

Durch Parteidruck ist die Außenpolitik unseres Landes immer weiter nach links gerutscht. Mehr und mehr wird sie ideologischen Experimenten unterworfen. Für eine solche Politik fehlt der CDU/CSU das politische Vertrauen.

06 — Bundesministerium des Innern

Vor den Extremisten kapituliert

Der Bundesinnenminister müßte nach seiner Aufgabe der erste sein, der offensiv für die Vorzüge unserer freiheitlichen Rechtsordnung eintritt und die Auseinandersetzung mit ihren Gegnern führt. Statt dessen führt er den Rückzug vor diesen Gegnern an: die von ihm zu verantwortenden Regeln für den Zugang zum öffentlichen Dienst läuten die Kapitulation vor der Berufsverbotskampagne ein. Der Verfassungsschutz, legitimes Instrument der Selbstverteidigung des Rechtsstaates, darf nach seinen Erkenntnissen über die Förderer verfassungsfeindlicher Bestrebungen kaum

noch gefragt werden, damit kein rechter oder linker Extremist, der Lehrer werden möchte, verunsichert wird.

Auch seinen Teil zur äußeren Verteidigung unseres Landes leistet Minister Baum nur höchst unzulänglich: die Zivilverteidigung leidet Not. Schutzräume gibt es zwar für Bundesministerien. Für die Bevölkerung gibt es so gut wie keine; auch ihre Versorgung für den Spannungsfall ist nicht sichergestellt. Auf die Dauer wird man darüber nachdenken müssen, ob der Schutz der Zivilbevölkerung im Spannungs- oder Verteidigungsfall nicht anderswo besser aufgehoben ist als beim Innenminister.

Der Bundesinnenminister bietet keinen Ansatz, der an eine Zustimmung zu seinem Etat auch nur denken lassen könnte. Ihm fehlt Festigkeit, wo sie not tut. Er ist nicht stark genug, um ein Liberaler zu sein.

07 — Bundesministerium der Justiz

Lasche Haltung beim Anti-Terrorgesetz

Die Bilanz des Bundesjustizministers für das Jahr 1978 kann nicht zufriedenstellen. Im Bereich der Anti-Terrorgesetzgebung sind der Regierung und der Koalition Versäumnisse vorzuwerfen. Widersprüche bestehen zwischen der Kindergelderhöhung im Steuerpaket und den wenig familienfreundlichen Plänen zur Neuordnung der elterlichen Sorge sowie zwischen dem Eintreten für die Unverjährbarkeit von Mord und der quasi regelmäßigen Aussetzung der lebenslangen Freiheitsstrafe nach fünfzehn Jahren.

Der Bundesjustizminister hat sich, anstatt, wie es seine Aufgabe gewesen

wäre, seine Regierungs- und Fraktionskollegen zu mahnen, selbst an der Kampagne gegen das Bundesverfassungsgericht beteiligt. Es ist Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts, das Grundgesetz zu interpretieren; seine Urteilsprüche sind daher zu respektieren.

08 — Bundesministerium der Finanzen

Hohe Steuerlast und drückende Schulden

Die Dauerkrise der Finanzpolitik setzt sich auch 1979 fort. Die zentrale Aufgabe, endlich mit der Konsolidierung der Staatsfinanzen zu beginnen und den Schuldenzuwachs abzubauen, wird nicht angepackt, sondern vom Finanzminister auch 1979 wieder einmal vertagt. Die Neuverschuldung hat den neuen Rekordstand von über 31 Mrd. DM erreicht. Immer größere Anteile davon werden gebraucht, um die ständig steigende Zinsenlast des riesigen Schuldenberges zu tragen, der am Jahresende allein beim Bund höher sein wird als die gesamten Bundesausgaben des Jahres 1979.

Die Aufgaben von heute werden nicht bewältigt. Perspektiven für die Zukunft werden nicht gezeigt. Die Ausgaben für den Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen) sind inzwischen höher als die Ausgaben für den Verkehr, doppelt so hoch wie die Ausgaben für Jugend und Familie, fast fünfmal so hoch wie die Ausgaben für Forschung und achtmal so hoch wie die Ausgaben des Bundes für Bildung und Hochschulen. Auch in den Jahren bis 1982 setzt sich diese Fehlentwicklung fort. Eine Korrektur der Finanzpolitik zu Lasten der Zukunft ist nicht erkennbar.

09 — Bundesministerium für Wirtschaft

Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft untergraben

Die Steigerung des Wirtschaftshaushalts täuscht nicht darüber hinweg, daß die SPD/FDP-Bundesregierung und der Bundeswirtschaftsminister eine Politik der bürokratischen und ineffizienten Programmflut, des Interventionismus und der Gängelung der Wirtschaft fortsetzen. Die Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft werden damit immer mehr untergraben.

Führende SPD-Politiker diffamieren die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft — jene Wirtschaftsordnung die aus dem Trümmerhaufen der Nachkriegszeit die Wirtschaft zur Blüte führte und die Grundlagen zu einem ausgebauten Sozialstaat legte. Allen voran der Bundeskanzler, der die Soziale Marktwirtschaft als politisches Schlagwort abgetan hat und versucht sie mit den Kriterien einer kapitalistischen Wirtschaftsform moralisch abzuwerten.

Nach unserer Auffassung gehören Demokratie, demokratischer Rechtsstaat und Soziale Marktwirtschaft zusammen, denn nur in dieser Kombination vereinigen sich das Prinzip der Freiheit am Markt mit dem des sozialen Ausgleichs innerhalb einer vom Staat gesicherten Rahmenordnung.

Mit einer Konjunkturpolitik der nervösen Unrast hat die Bundesregierung die zyklischen Schwankungen verstärkt und konjunkturelle und strukturelle Krisen verursacht. Falsche Entscheidungen hat die SPD/FDP bei der Rohölbevorratung und dem Deminex-Programm, bei der in Auftrag gegebenen künftigen Strukturberichterstattung und der Errichtung eines Verbraucherinstituts ge-

fällt. Diese Projektion ist angesichts der konkreten Situation Illusion und täuscht ein Sanierungskonzept vor, das nicht besteht.

Neue klare Perspektiven sind nicht erkennbar, der Haushalt spiegelt die Widersprüchlichkeit der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland wider. Die CDU/CSU lehnt daher den Einzelplan des Bundeswirtschaftsministers ab.

010 — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Blüenträume blieben unerfüllt

Anfang 1979 lassen die Zukunftsaussichten der deutschen Landwirtschaft keine rosige Beurteilung zu. Während der deutschen Präsidentschaft in der EG haben sich die Blüenträume der Bundesregierung nicht erfüllt. Eine vernünftige Regelung der Fischereigrenzen blieb auf der Strecke. Durch nationale Alleingänge wie die der Niederlande drohen der Geflügelwirtschaft erhebliche Schäden. Die Einkommen der deutschen Landwirtschaft sind 1978 zwar um 8 % gestiegen. Sie haben damit aber erst den Stand des Jahres 1971/72 erreicht, weil die Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1976/77 Einkommensverluste von 13,8 % erlitt.

Ein weiterer Grund sind die Preisverhandlungen in Brüssel, bei denen die Bundesregierung nicht alle Möglichkeiten zur Preisverbesserung in der Vergangenheit ausgeschöpft hat. 1977 betrug die Preissteigerungsrate in der Bundesrepublik Deutschland 3,8 %, die der Nahrungsmittelpreise aber nur 1,8 %. 1978 stiegen bei einer durchschnittlichen Rate von 2,4 % die Nahrungsmittelpreise lediglich um 1 %. Hier war es die deutsche Landwirtschaft, die durch ihren Einkommensver-

zicht wesentlich zur Stabilitätspolitik beigetragen hat.

Der dritte Grund ist der Grenzausgleich, der wegen der Währungsparitäten eigentlich bei 30 % liegen müßte, aber nur 10,8 % beträgt. Zur Selbstgefälligkeit der Bundesregierung besteht also kein Anlaß.

Auch 1979 sind von der Bundesregierung keine Schritte für eine Einkommensverbesserung in der Landwirtschaft zu erwarten. Für die Preisverhandlungen in Brüssel ist die Ausgangslage der Veredelungsprodukte schlecht. Die Einkommenslage der deutschen Landwirtschaft wird sich daher unter dieser Bundesregierung nicht verbessern.

011 — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Arbeitslosigkeit und Rentenbetrug dauern an

Im Gegensatz zur Bundesregierung und ihren Propagandisten wird die CDU/CSU-Fraktion den von der Regierung zu verantwortenden Rentenbetrug — der offensichtlich eine Fortsetzung finden soll — nicht decken.

Trotz aller — mit erheblichem finanziellen Aufwand — verabschiedeten und allein vom Arbeitsminister zu verantwortenden Programme zur Behebung der Arbeitslosigkeit sind in diesem Bereich kaum Erfolge sichtbar. Die CDU/CSU-Fraktion mißbilligt auch das Verhalten des Bundesarbeitsministers gegenüber Mitarbeitern seines Hauses: Die Kritik der Linken in der SPD an dem sogenannten Zumutbarkeitserlaß der Bundesanstalt für Arbeit sowie an dem 5. Arbeitsförderungsgesetz hat Ehrenberg zum feigen Zurückweichen und

zum Abwälzen eigener politischer Verantwortung auf erfahrene Beamten seines Hauses veranlaßt, die entlassen oder versetzt wurden.

Daß der für Gesundheitsökonomie zuständige Fachminister z. B. nicht einmal in der Lage ist, die Auswirkungen der im Europa-Programm der SPD geforderten 35-Stunden-Woche auf die Kostenstruktur im Krankenhausbereich zu ermitteln, zeigt einmal mehr, daß Ideologie und Parteipolitik in diesem Hause Vorrang vor sachgerechten Problemlösungen im Sinne des Gemeinwohls haben.

012 — Bundesministerium für Verkehr

Kein Konzept zur Sanierung der Bundesbahn

Die CDU/CSU lehnt den Verkehrshaushalt ab, weil sich die Bundesregierung um die Lösung der Bahnprobleme herumdrückt, und das bei einem Zuschußbedarf von 15 Mrd. DM. Die CDU/CSU will endlich politische Entscheidungen bei der Bahn sehen und nicht immer neue unverbindliche Modelle und Prüfungsaufträge, mit denen lediglich Erwartungshorizonte aufgebaut werden. Die Bahn ist schließlich ein Unternehmen und keine Bundesversuchsanstalt. In der Bundesbahnpolitik ist die Bundesregierung in eklatanter Weise den Beweis ihrer Entscheidungsfähigkeit im Kabinett und ihrer Mehrheitsfähigkeit im Parlament schuldig geblieben. In konkreten Entschließungsanträgen verlangt die CDU/CSU Entscheidungen der Bundesregierung über das zukünftige Streckennetz der Bahn, über ihre Prüfungsaufträge hinsichtlich einer Trennung von Fahrweg und Betrieb und über die Neuorganisation von Bahn- und Postbussen.

In einem Antrag hat die CDU/CSU gefordert, zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder die Bundesmittel um 2 Mill. DM zu erhöhen. Obwohl die Bundesrepublik Deutschland in der Kinder-Unfallbilanz einen traurigen Rekord hält, weil nirgendwo so viel Kinder verunglücken wie bei uns, hat die Koalition diesen Antrag völlig unverständlicherweise abgelehnt.

013 — Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen

Fernmeldegebühren als Ersatzsteuern mißbraucht

Die Fernmeldegebühren der Deutschen Bundespost sind noch immer überhöht. Trotz guter Gewinnsituation, die nicht in Form von Gebührensenkungen an den Kunden weitergegeben werden, muß die Post jetzt eine Sonderablieferung in erheblicher Höhe an den Bundeshaushalt entrichten. Die Fernmeldegebühren werden dadurch in eine Art Ersatzsteuer umfunktioniert.

Anstatt sich auf den Bau und Betrieb von Fernmeldeanlagen und die Kontrolle und Beaufsichtigung des Endstellengeschäfts zu beschränken, nimmt die Post unter Ausnutzung ihres Monopols selbst am Endstellengeschäft teil, behindert den Wettbewerb und somit den technischen Fortschritt. Deutsche Firmen müssen heute im Ausland vielfach schon modernere Geräte anbieten als im Inland, wenn sie sich im Wettbewerb behaupten wollen.

Der Postminister muß verstärkt darauf achten, Verfassungsfeinde aus dem Postdienst fernzuhalten, da das Kommunikationssystem für die Bundesrepublik Deutschland von lebenswichtiger Bedeutung, gleichzeitig jedoch in höchstem Maße stör- und mißbrauchsanfällig ist.

014 — Bundesministerium für
Verteidigung

**Zweifel an Apels
Durchsetzungsvermögen**

Der Bundesminister der Verteidigung hat kürzlich festgestellt, daß wir den Mittelstreckenraketen der sogenannten Grauzone „nichts Vergleichbares“ entgegenzusetzen haben. Der Bundeskanzler vertrat vor dem Internationalen Institut für Strategische Studien in London die Ansicht, die Allianz müsse durch die Bereitstellung ausreichender Mittel allen Entwicklungen vorbeugen, „die unserer unverändert richtigen Strategie die Grundlage entziehen könnten“.

Nur: Meint das auch die SPD? Meinen das auch die Jusos? Meint das auch die Mehrheit? Wir haben nach allem, was dazu in den letzten Wochen gesagt und geschrieben worden ist, ernste Zweifel. Da haben wir denn auch unsere Zweifel an der Aufrichtigkeit und an der Durchsetzungskraft des Bundesverteidigungsministers.

Die Unionsparteien sind lange Zeit über ihren Schatten gesprungen und haben dem Verteidigungshaushalt zugestimmt — allein um zu dokumentieren, daß wir die Lasten, die uns als Partei für die Freiheit abverlangt werden, mittragen wollen. Das wollen wir immer noch. Den Einzelplan 14 des Bundeshaushaltes 1979 lehnen wir ab, weil wir der Verteidigungspolitik der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Repräsentanten mit tiefstem Mißtrauen begegnen.

015 — Bundesministerium für
Jugend, Familie und Gesundheit

Mißbrauch der Familienpolitik

Die Ablehnung des Einzelplanes 15 durch die CDU/CSU wird allein schon

durch das völlige Fehlen von Prioritäten und Perspektiven in der Gesundheitspolitik des zuständigen Bundesministers gerechtfertigt.

Die wesentlichen Initiativen sind hier ausschließlich aus dem Parlament gekommen. Nicht einmal Aufträge, wie sie der Bundesregierung und dem zuständigen Fachminister durch Entschließungsanträge zur Krebsbekämpfung und zur Lage der Psychiatrie aufgegeben wurden, konnten innerhalb der vom Parlament gesetzten Fristen erfüllt werden.

Der Familien- und Jugendpolitik dieser Bundesregierung können wir ebenfalls nicht zustimmen, da sie nicht auf die Interessen der Familie und der Kinder und auch nicht auf die Interessen der Frauen gerichtet ist. Diesen Weg können wir nicht mitgehen, denn mit der Aushöhlung der Familie wird ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Aushöhlung unserer Freiheit getan. Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Haushalt ab.

023 — Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit

Kein vernünftiges Konzept

Diesen Einzelplan lehnt die CDU/CSU u. a. deshalb ab, weil der zuständige Minister — Offergeld — bis jetzt nicht in der Lage ist, sein Haus zu führen. Der letzte Rundumschlag gegen leitende Beamte seines Ressorts sieht aus wie eine Tat der Verzeiwung. Das Instrument des politischen Beamten dient nicht dazu, jemand los zu werden, dessen Nase einem nicht gefällt, sondern dient dazu, jemanden zu entlassen, der mit der politischen Ausrichtung, mit der Leitlinie der Politik nicht übereinstimmt. Eine kluge und förderliche Entscheidung hat Minister Offergeld nicht getroffen.

Obwohl im letzten Jahr aufgrund der Initiative des Deutschen Bundestages die Entwicklungshilfeleistungen im Etat wesentlich ausgeweitet wurden, fließen nun mindestens 475 Mill. DM zurück, das trifft die Kapitalhilfe mit ca. 160 Mill. DM und die Bildungshilfe mit ca. 11 Mill. DM. Diese vom Bundestag vorgenommene Mittelausweitung hatte im vergangenen Jahr in den Entwicklungsländern große Hoffnungen geweckt. Die Nichtvergabe dieser Mittel hat nun in diesen Ländern bittere Enttäuschungen ausgelöst. Auch dies ist ein Versagen und zeigt die Unfähigkeit der Führung des Ministeriums.

025 — Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Statt Liberalismus ideologischer Dirigismus

Von der seit Jahren überfälligen Bestandsaufnahme der Wohnungsbaupolitik mit dem Ziel der Erarbeitung eines in sich schlüssigen Gesamtkonzeptes zur Neuorientierung ist die Bundesregierung weiter entfernt denn je. Auch der geringste Versuch, die ausgefahrenen Gleise ihrer Wohnungsbaupolitik zu verlassen, scheitert an der Zerstrittenheit der Koalition, an den Ideologen in der SPD.

So ist die Bundesregierung nicht in der Lage, den freifinanzierten Mietwohnungsbau aus seiner Talsohle zu führen. Nicht einmal den Erfahrungsbericht zum Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetz konnte sie fristgerecht zum 1. Januar 1979 vorlegen. Zu stark sind die Differenzen zwischen FDP und SPD

Zu dem zaghaften Gesetzentwurf des Bundesrates, zur Auflockerung der Bindungen für Sozialwohnungen bei vollem

Schutz bestehender Mietverhältnisse ist die Bundesregierung nicht einmal in der Lage, Stellung zu nehmen, wozu sie nach unserer Verfassung verpflichtet ist, obwohl der Wohnungsbauausschuß bereits die Beratungen dieses Gesetzentwurfes aufgenommen hat.

Die oft versprochene verstärkte Förderung kinderreicher Familien beschränkt sich auf verbale Bekenntnisse. Diese Politik führt in die falsche Richtung. Sie kann auf Dauer nur zu erneuter Wohnungsnot und zu der Forderung nach immer weitergehenden Dirigismen führen.

027 — Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen

Versprochene Zielsetzung nicht erreicht

Die Erwartungen in die Deutschlandpolitik dieser Bundesregierung sind ohnehin nicht mehr groß; die Öffentlichkeit ist schon lange desillusioniert. Die versprochenen Zielsetzungen wurden nicht erreicht. Die beiden Staaten sind sich nicht näher gekommen, sie haben sich im Gegenteil weiter entfernt. Die Grenze wurde nicht durchlässiger, sie wurde lückenloser. Ergebnisse der Deutschlandpolitik, die direkt den Menschen zugute kamen, liegen nun schon weit zurück. Neues ist nicht mehr in Sicht. Bestenfalls werden gegen horrende Bezahlungen in mehr technischen Bereichen gelegentliche Konzessionen von seiten des DDR-Regimes gemacht.

Von jenen innerdeutschen Bereichen, für die eine vertragliche Regelung in Aussicht genommen wurde, in Form von Folgeverträgen zum Grundvertrag, liegt das wenigste an Ergebnissen vor. Das was vorliegt, ist vom Gehalt gering und nützt den Menschen, ge-

messen an den Problemen unseres geteilten Volkes wenig. Andere Folgeverträge jedoch, deren Regelinhalt direkt den Menschen zugute gekommen wäre, wie z. B. das Abkommen über den Bezug von Büchern, Zeitschriften usw., sind überhaupt nicht in Sicht. Es ist kein Fortschritt mehr zu sehen.

030 — Bundesministerium für Forschung und Technologie

Zuviel Bürokratie und Reglementierung

Obwohl wir bei den Beratungen des Forschungsetats einen kleinen Teil unserer Vorstellungen durchsetzen konnten — 150 Mill. DM wurden gekürzt — lehnen wir den Einzelplan 30 ab. Der Forschungsminister hat wiederholt zu erkennen gegeben, daß er zu einer konstruktiven Erörterung unserer Vorschläge zu einer Neuorientierung der staatlichen Forschungspolitik nicht bereit ist. Wir fordern besonders für die mittelständische Wirtschaft eine Ausweitung der Möglichkeiten indirekter, steuerlicher Förderung, denn diese ist wesentlich wirkungsvoller als die bürokratisch schwerfällige projektgebundene Förderung.

Auch versucht der Forschungsminister zunehmend, mit staatlichem Geld in die Wirtschaft hineinzuregieren. Geht es nach Hauff, sollen die Bürokraten bestimmen, welche Branchen wachsen sollen und welche nicht. Er will als Zuchtmeister und Zensurenverteiler der Industrie auftreten. Diese seit Jahren betriebene Politik ist ein Anschlag auf unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung. Wir brauchen eine Forschungspolitik ohne investitionslenkende Reglementierung, weil solche Reglementierungen zu schweren volkswirtschaftlichen Verwerfungen führen.

031 — Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Zukunftschancen der jungen Generation leichtfertig vertan

Von dem Anspruch der Regierung, die Bildungspolitik zum Reformthema Nummer eins zu machen, ist nichts übriggeblieben als Unsicherheit, Sorge und teilweise auch Zukunftsangst in der jungen Generation. Drei Fehlentwicklungen belasten die Jugend von heute: Der frühere Grundkonsens zwischen allen Parteien im Bildungswesen wurde von der Koalition aufgegeben, um Schulen und Hochschulen zur Durchsetzung gesellschaftspolitischer Ziele zu mißbrauchen.

Die zweite Fehlentwicklung liegt in der Verwissenschaftlichung und Vertheoretisierung aller Bildungsbereiche und in der gleichzeitigen Abqualifizierung der praktischen Erfahrung.

Drittens hat die Bundesregierung über Jahre versucht, die Entwicklung im Bildungswesen von der Entwicklung im Beschäftigungswesen abzukoppeln.

Die Konsequenzen zeigen sich bei den schwindenden Berufschancen der Hochschulabsolventen. Der Haushalt des Bildungsministers zeigt keine Perspektiven, wie aus der verfahrenen bildungspolitischen Situation herausgefunden werden kann. Statt dessen wird neben den gesetzlichen Verpflichtungen das Geld für linke Modellvorhaben ausgegeben mit dem Ziel, das differenzierte Bildungssystem allmählich aus den Angeln zu heben. Auch die Förderung der jungen Wissenschaftler kommt zu kurz. Deshalb lehnen wir den Einzelplan 31 ab.

■ „HOLOCAUST“

Lehren aus der Unfreiheit ziehen

Es ist ein positives Zeichen, daß so viele Bürger die „Holocaust“-Sendungen gesehen haben — trotz der relativ späten Sendezeit und trotz Ausstrahlung in den 3. Fernsehprogrammen. Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sind bereit, sich mit unserer, der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen. Sie weichen den dunklen Schatten unserer Geschichte nicht aus, erklärte Heiner Geißler.

Es wird auch deutlich, daß anhand von Einzelschicksalen und mit Hilfe des Fernsehens in viel stärkerem Maße geschichtliche Kenntnisse vermittelt werden können, als es mit Hilfe von Büchern und Dokumenten geschehen könnte. Diese Kenntnisse helfen mit, unsere Urteilsfähigkeit gegenüber der eigenen Geschichte zu begründen, nationales Selbstverständnis zu erwerben und die Widerstandsfähigkeit gegen ideologische Verführungen zu stärken.

Aus den Fragen der Bürger wird sichtbar, daß der Film etwas in Bewegung gebracht hat. Diese Fragen offenbaren Ratlosigkeit, Ergriffenheit, wohl auch die schwere nachträgliche Begreifbarkeit des Ungeheuren, wie ein Kritiker schreibt. Der Kritiker fährt fort und ich finde das sehr gut, man höre aus den Fragen die Not eines Volkes, das auch seinerseits von Verbrechen heimgesucht wurde — Dresden, Ostvertreibung —, aber hier auf die eigene Tat festgelegt wurde.

Die Sensibilität gegenüber der NS-Zeit und die Bereitschaft über ihre Bewältigung zu diskutieren, ist aber nicht neu. Es hat niemals ein abgestumpftes Verhältnis zu dieser Vergangenheit gegeben. Wäre denn sonst die CDU in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung in der Lage gewesen, die Fundamente zur Aussöhnung mit Israel und dem jüdischen Volk zu legen? Die Jahre des Nationalsozialismus gehören zu unserer Geschichte. Wir können dieses Kapitel deutscher Geschichte nicht beiseitelegen wie ein Buch. Die Aufgabe, aus dieser Zeit die Lehren zu ziehen, dauert fort.

In beklemmender Weise macht die Sendung die Verführbarkeit und Manipulierbarkeit der Menschen durch totalitäre Ideologien deutlich. Dies gilt ohne Unterschied für den faschistischen und kommunistischen Totalitarismus. Alexander Solschenizyn hat dies in seinen Werken deutlich gemacht.

Niemand sollte glauben, extremistische Ideologien hätten nur im totalitären System die Kraft der Verführung. Die Diskussion der CDU über die geistigen Ursachen des Terrorismus hat offengelegt, daß es nicht zuletzt diese Kraft ist, die junge Menschen in terroristische Verbrechen abgleiten ließ.

Der Film „Holocaust“ leistet einen Beitrag, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland immun bleiben gegen totalitäre Ideologien. Darauf hinzuwirken ist eine wichtige Aufgabe der demokratischen Politiker.

■ KOALITION

Jansen: Oder ich trete aus

Knapp drei Monate vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 29. April läßt es der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Günther Jansen auf einen persönlichen Bruch mit seiner Partei ankommen. In Briefen an die Umweltschützer Professor Robert Jungk und „Liedermacher“ Knuth Kieseewetter ließ Jansen wissen, er werde aus der SPD austreten, wenn der weitere Ausbau der Atomkraftwerke nicht gestoppt werde. Der Kieler Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Gerhard Stoltenberg erklärte hierzu, daß die SPD-Politik zur Kernenergie in Schleswig-Holstein „immer zweideutiger und undurchschaubarer werde“.

Stoltenberg wies auf einer Pressekonferenz darauf hin, daß „dieselben schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten, die bei uns im Land massiv Front gegen Atomkraftwerke machten, in Bonn viermal in grundlegenden Entscheidungen für die Politik der Bundesregierung zur weiteren friedlichen Nutzung der Kernenergie und der Erhöhung ihres Anteils an der Stromversorgung“ gestimmt hätten. Stoltenberg sprach hauptsächlich die SPD-Bundestagsabgeordneten Norbert Gansel, Eckart Kuhlwein, Heide Simonis, Rainer Überhorst und SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr an.

Hamburger SPD über DKP-Lehrer zerstritten

Bringen zwei DKP-Lehrer Hamburgs Bürgermeister Hans-Ulrich Klose zu Fall? Die CDU-Opposition will gegen

beide ein Disziplinarverfahren durchsetzen. Klose will dies verhindern. Doch ist es fraglich, ob er bei der Abstimmung in der Hamburger Bürgerschaft — die SPD hat 18 Sitze mehr als die Union — auf die Treue aller Genossen rechnen kann. 20 „Rebellen“ sind ebenso wie die CDU der Meinung: die Lehrer Gohl und Dreckmann sollen den Staatsdienst quittieren, weil sie als kommunistische Funktionäre die Demokratie bekämpfen. Schon zehn „Rebellen“ würden genügen, um die SPD zu überstimmen. Für einen solchen Fall hat Schulsenator Joist Grolle (SPD) den Rücktritt angekündigt. Auch Klose deutete für sich auf einer Klausurtagung der SPD einen solchen Schritt an.

Wieder SPD-Austritte in Aachen

Wegen des „Linksrucks in der Aachener SPD“ sind jetzt wiederum 14 SPD-Mitglieder aus der Partei ausgetreten. Anfang Januar hatten bereits 67 Aachener SPD-Mitglieder die Partei mit derselben Begründung verlassen. In einem Schreiben an SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr begründen die 14 ihren Schritt mit „einem ständigen Kesseltreiben der Jusos gegen gemäßigte Parteimitglieder“. Die ausgetretenen Mitglieder, die „nach wie vor“ hinter Bundeskanzler Schmidt stehen, wollen sich als „unabhängige Sozialdemokraten“ zusammenschließen. Sie erwägen auch, bei der kommenden Kommunalwahl eigene Kandidaten aufzustellen.

Giftskandal in Hessen

Der hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Willi Görlach, gab vor der Landespressekonferenz zu, daß in seinem eigenen Ministerium seit Jahren Schlamperei herrscht. In dem

einstmals intakten, straff organisierten Ministerium, unter dem früheren Minister Dr. Tröscher, der wohl der letzte wirkliche Fachminister in diesem Hause war, herrschen diese Zustände schon seit 1970. Es gibt außer Hessen kein Land in der Bundesrepublik Deutschland, das in diesem Jahrzehnt von derart unglaublichen Umwelt- und Giftskandalen geschüttelt wurde. Dies liegt allein an dem desolaten Organisationszustand der hessischen Behörden. Dafür ist nicht nur der Landwirtschaftsminister verantwortlich, sondern der Landeschef, dem es genauso wenig wie seinem Vorgänger Osswald gelungen ist, den Kompetenzwirrwarr zu beseitigen.

Desinformation

Von interessierter Seite ist die Öffentlichkeit über eine wichtige vertrauliche Sitzung des Verteidigungsausschusses in einer Weise „informiert“ worden, die den tatsächlichen Verlauf der Sitzung auf den Kopf stellt. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch, erklärte hierzu: Wenn behauptet wird, die von hohen Offizieren der Bundeswehr — darunter dem Generalinspekteur — gegebene Information über das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West habe zwar eine „numerische“ Überlegenheit des Warschauer Paktes festgestellt, die jedoch durch die Qualität der Waffen des Westens voll wettgemacht werde, dann ist das schlichtweg falsch. Es ist bedauerlich, daß eine von den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses als sehr instruktiv und nützlich empfundene Unterrichtung über die militärische Lage in Europa zu einer tendenziösen Berichterstattung mißbraucht wird, die ganz offensichtlich die Bedrohung, der sich der Westen ausgesetzt sieht, verharmlosen soll.

ÖA

Neu im Angebot:



Der Auftrag der Gewerkschaften in der Demokratie

Heiner Geißler



„Der Auftrag der Gewerkschaften in der Demokratie“: So lautet der Titel des Referats von Heiner Geißler beim 33. Buß- und Bettagsgespräch des Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg e. V. am 22. November 1978. Der CDU-Generalsekretär macht deutlich, daß wir am Beginn einer neuen Phase der Beziehungen zwischen Gewerkschaft und politischen Parteien stehen. Nach der Auffassung von Heiner Geißler könnte dies eine Phase des konstruktiven Dialogs zwischen CDU und DGB-Gewerkschaften werden.

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis: 40,— DM pro Mindestabnahme

Bestell-Nr.: 3924

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

HOLOCAUST

Ein ganzes Volk scheint aufgebrochen in diesen Tagen auf der Suche nach seiner Vergangenheit. Nicht eine nüchterne, eine faktenhuberische Dokumentation hat dies bewirkt, sondern eine bunte Spielhandlung, ein professioneller Hollywood-Film. Da ist die überraschende Erfahrung mit „Holocaust“, die vor allen denen, die politische Bildung, aber auch denen, die Fernsehen machen, eine Lehre sein sollte. Nicht sachliche Information, sondern persönliche Erschütterung und emotionale Betroffenheit schaffen so viel Willen und Bereitschaft, sich ehrlich und ohne falsche Rücksicht mit unserer NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen.

N/WDR, 27. 1. 1979

Über 80 Prozent (der Anrufer beim WDR) reagierten ausgesprochen positiv, sie blieben sachlich, äußerten, wenn es sein muß, Kritik, aber im Rahmen. Es

waren mehr Männer als Frauen und viel mehr Jüngere als Ältere. Das ist die große Überraschung. Diese Serie hat eine ganze Nation zum Nachdenken gebracht.

DFS, 27. 1. 1979

Alle anderen Überlegungen sind gegenstandslos geworden angesichts der überwältigenden Resonanz, die diese Serie in der deutschen Öffentlichkeit erzeugt, angesichts der unzähligen, mehrheitlich doch positiven Reaktionen... „Holocaust“ geht den Leuten unter die Haut...

Schweizer Rundfunk, 26. 1. 1979

Kein Fernsehfilm hat die Zuschauer so schockiert, wie dieser es tat. Der WDR hat beschlossen, den Film noch einmal zu senden auf dem ersten Kanal... Das hätte auch den Vorteil, daß „Holocaust“ in der DDR gesehen werden könnte. Es ist nicht so, wie die kommunistische Propaganda es immer darstellt, daß nämlich alle guten Deutschen in der DDR und alle bösen Deutschen in der Bundesrepublik leben.

Niederländischer Rundfunk, 28. 1. 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UfD